

H 002

Lfd.-Nr. 1026

DGB-Bundesjugendausschuss

FÜR EINE SOLIDARISCHE UND OFFENE GESELLSCHAFT

1 **[kursiv: Annahme als Material zu Antrag H 001]**

2 **Gegen Rassismus und gruppenbezogene Men-**
3 **scheneindlichkeit**

4

5 *Der DGB setzt sich für ein friedliches, gleichberech-*
6 *tigtes und solidarisches Zusammenleben aller Men-*
7 *schen ein. Sie bekennt sich klar zur aktiven Demok-*
8 *ratie und lehnt sämtliche Formen von gruppen-*
9 *bezogener Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus,*
10 *Antisemitismus, Nationalismus, Antiziganismus, An-*
11 *tiislamismus, Sexismus, Homophobie sowie jegliche*
12 *andere Diskriminierungsformen ab. Der DGB wird*
13 *auch weiterhin jede Erscheinungsform menschenver-*
14 *achtender Einstellungen bekämpfen. Antirassistische*
15 *Arbeit bleibt ein notwendiger Schwerpunkt der DGB-*
16 *Arbeit in Betrieben, (Berufs-)Schulen, Universitäten*
17 *und in der Gesellschaft.*

18

19 *Als ein wichtiges Element demokratischen Engage-*
20 *ments fordert der DGB das Verbot aller faschisti-*
21 *schen Parteien und Organisationen. Parteien wie die*
22 *NPD dürfen nicht auf staatliche Kosten ihre Hasspro-*
23 *paganda verbreiten und unter dem Parteienmantel*
24 *StraftäterInnen schützen und unterstützen.*

25

26 *Der DGB ist sich bewusst, dass Verbote keine Einstel-*
27 *lungen und Überzeugungen verändern, sie können*
28 *nur ein erster Schritt von vielen sein. Neben einem*
29 *stärkeren staatlichen Engagement gegen Nazis und*
30 *ihren ideologischen WegbereiterInnen ist daher eine*
31 *nachhaltige Stärkung jeden demokratischen und*
32 *zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts*
33 *unbedingt erforderlich – nicht nur in Sonntagsreden.*
34 *Diese wichtige Arbeit muss anerkannt, unterstützt*
35 *und gefördert werden. Dazu gehört sowohl eine*
36 *langfristige Finanzierung, die den Projekten*
37 *Planungssicherheit gibt und eine kontinuierliche*
38 *Arbeit ermöglicht als auch eine Aufstockung der fi-*
39 *nanziellen Fördermittel für demokratische Kinder-*
40 *und Jugendverbandsarbeit als wichtige Stützen einer*
41 *zivildemokratischen Gesellschaft.*

42

43

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:

Annahme als Material zu Antrag H 001

und

Annahme in geänderter Fassung

und

Annahme als Material an den Bundesvorstand

und

Erledigt durch Annahme von Antrag U 007

44 Öffentliche Mittelvergaben, wie sie z. B. für die
45 Plakatserie „Vermisst“ des Bundesinnenministeriums
46 mit der Warnung einer möglichen islamistischen Ra-
47 dikalisierung ihrer Kinder an Eltern mit islamischer
48 Glaubenszugehörigkeit erfolgt sind, bestätigen eine
49 Tendenz der Bundesregierung, durch falsche und
50 gefährliche Prioritätenstellung in Berichten und Ver-
51 gaben von öffentlichen Fördermitteln antimuslimi-
52 schen Rassismus zu schüren.

53

54 **Extremismustheorie**

55

56 Der DGB fordert die sofortige Abschaffung der soge-
57 nannten Extremismusklausel, die jedes Engagement
58 gegen Nazis unter Generalverdacht stellt und die
59 notwendige Arbeit damit be- und verhindert und
60 spricht den von der Extremismusklausel betroffenen
61 Vereinen, Verbänden und Bündnissen ihre Solidarität
62 aus.

63

64 Der DGB wehrt sich nicht nur gegen die mit der
65 Extremismusklausel verbundene Förderpraxis zivilge-
66 sellschaftlichen Engagements, sondern auch gegen
67 das der Extremismustheorie zugrundeliegende
68 Modell. Die politische Gleichsetzung von Linksak-
69 tiven und Nazis als „Links-“ und „Rechtsextreme“,
70 die in dem Modell einen vermeintlich gemeinsamen
71 Kern des Extremismus teilen, und einer vermeintlich
72 unproblematischen und aufgeklärten Mitte der Ge-
73 sellschaft hat keinerlei wissenschaftlich begründeten
74 Kern. Die Gleichsetzung von links und rechts dient
75 vielmehr als politisches Instrument, um die ge-
76 sellschaftlich weite Verbreitung von rassistischem
77 Gedankengut, ebenso wie die Gewalt von Nazis, zu
78 verharmlosen und gleichzeitig antifaschistisches En-
79 gagement zu stigmatisieren – mit fatalen Folgen für
80 die Demokratie. Der DGB distanziert sich von jegli-
81 cher Unterteilung politischer Strömungen in
82 „Extremismen“. Bekennender Antirassismus ist kein
83 Extremismus, sondern Form gesellschaftlich notwen-
84 diger Zivilcourage.

85

86 Der DGB wird auf allen seinen zuständigen Organi-
87 sationseinheiten dazu aufgefordert, sich im Rahmen
88 ihrer politischen Möglichkeiten für eine politische
89 Zurückweisung der Extremismustheorie und der da-
90 mit verbundenen Stigmatisierung von antifaschisti-

91 *schem Engagement einzusetzen und in Bündnissen*
92 *sowie in der Zusammenarbeit mit politischen*
93 *Jugend- und Studierendenverbänden, Initiativen und*
94 *Parteien auf eine gemeinsame entsprechende Posi-*
95 *tionierung hinzuwirken. Der DGB benutzt weder in*
96 *schriftlicher, sprachlicher, bildlicher noch sonstiger*
97 *Kommunikation, Ausdrücke oder Argumentationen,*
98 *die die Extremismustheorie und damit eine Einteil-*
99 *lung von politischen Strömungen in „Extremismen*
100 *“ zur Grundlage haben oder aus denen eine Einteil-*
101 *lung in solche „Extremismen“ abgeleitet werden*
102 *kann. Vielmehr müssen Nazis, Antisemiten,*
103 *Rechtspopulisten auch als solche benannt werden.*

104

105 **Rassismus in Zeiten der Krise**

106

107 *Wehret den Anfängen – das gilt auch für die unter-*
108 *schiedlichen Anknüpfungspunkte für rassistisches*
109 *und nationalistisches Denken. Der DGB spricht sich*
110 *daher gegen jede Form von Standortnationalismus*
111 *und der damit verbundenen Konkurrenzlogik, Sozi-*
112 *aldarwinismus und Wohlstandschauvinismus aus.*
113 *Gerade in Krisenzeiten haben rechte und*
114 *rechtspopulistische Parteien sowie menschenverach-*
115 *tendes Gedankengut Konjunktur. Die Entwicklungen*
116 *z. B. in Ungarn, Tschechien und Griechenland zeigen*
117 *das auf dramatische Art und Weise erneut auf und*
118 *verdeutlichen, wie eng Antirassismuserbeit mit Kapi-*
119 *talismuskritik zusammenhängt und wie notwendig*
120 *dieser Diskurs ist.*

121

122 *Auch in der deutschen Gesellschaft werden oftmals*
123 *die antisemitische Gegenüberstellung vom „deut-*
124 *schen gesunden und schaffenden Kapital“ sowie*
125 *dem „anonymen, ungesunden und raffenden Fi-*
126 *nanzkapital“ und Verschwörungstheorien salonfähig.*
127 *Der DGB soll einen Diskussionsprozess zu einer*
128 *fundierten Kapitalismuskritik beginnen, die*
129 *strukturelle kapitalistische Mechanismen analysiert*
130 *und nicht vereinfachende personifizierte Verschwö-*
131 *rungstheorien mit sich trägt. Insbesondere soll hier*
132 *das Thema Rassismus in der Krise elementarer Be-*
133 *standteil sein.*

134

135 **Für ein Grundrecht auf Migration und Asyl**

136

137

138 *Der DGB setzt sich für das Grundrecht auf Migration*
139 *und Asyl ein. Es ist unmenschlich und skandalös,*
140 *Menschen, die vor schwierigen und oftmals lebens-*
141 *bedrohlichen Situationen in ihren Heimatländern und*
142 *in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft fliehen, an*
143 *den europäischen Grenzen abzuweisen, in Lager zu*
144 *stecken oder billigend in Kauf zu nehmen, sie z. B.*
145 *ertrinken zu lassen. Durch die Verschärfung weltwei-*
146 *ter Krisen und absehbaren Kriegen wird die Flücht-*
147 *lingspolitik in Deutschland und Europa weiter an*
148 *Bedeutung und dringendem Handlungsbedarf*
149 *gewinnen. Anstatt Flüchtlinge als Menschen mit*
150 *Menschenrechten zu begreifen und ihnen zu helfen,*
151 *werden sie als Bedrohung für den westlichen Wohl-*
152 *stand diffamiert und die Abschottungsgesetze weiter*
153 *verschärft. Verdeutlicht wird das auch durch die von*
154 *der deutschen Regierung maßgeblich mit unter-*
155 *stützte Verschärfung des Schengenabkommens.*

156
157 *Der DGB fordert für alle Menschen eine gerechte*
158 *und menschliche Migrationspolitik. Dazu gehört die*
159 *Integration und Gleichstellung ohne eine Kategor-*
160 *sierung von „ökonomisch nützlichen“ und weniger*
161 *nützlichen Menschen. Für in Deutschland lebende*
162 *MigrantInnen muss die soziale, ökonomische und*
163 *rechtliche Lebenssituation dringend verbessert wer-*
164 *den. Kein Mensch ist illegal, daher fordert der DGB*
165 *für alle Menschen unabhängig ihres rechtlichen*
166 *Status eine rechtliche – auch arbeitsrechtliche –*
167 *Gleichstellung mit allen damit verbundenen Rechten,*
168 *wie das Recht auf Schul- und Arztbesuche, Arbeitser-*
169 *laubnis und gesellschaftliche Partizipationsrechte.*
170 *Dazu gehört auch das Recht auf die Vertretung durch*
171 *Gewerkschaften unabhängig von ihrem rechtlichen*
172 *Status.*

173
174 *Wir fordern:*

- 175
176
- 177 • *Eine völlige Aufhebung der Residenzpflicht*
 - 178 • *Bargeld statt Gutscheine für Flüchtlinge*
 - 179 • *Keine menschenunwürdigen Sammelunterkünfte*
 - 180 • *Ende der rassistischen Kontrollen*

181 *Der DGB setzt sich für ein interkulturelles Selbstver-*
182 *ständnis ein und eine dazu erforderliche antirassisti-*
183 *sche und emanzipative Bildungsarbeit. Dazu gehört,*
184 *dass Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit*

185 *Migrationshintergründen auch innerhalb der*
186 *Gewerkschaften aktiv gefördert werden müssen.*

187

188 **Gewerkschaftliche Auseinandersetzung**

189

190 *Der DGB spricht sich für die Notwendigkeit einer*
191 *gewerkschaftsübergreifenden Arbeit gegen Rassis-*
192 *mus, Antisemitismus und jede Form gruppenbezoge-*
193 *ner Menschenfeindlichkeit aus. Der bundesweite*
194 *Arbeitskreis der DBG-Jugend hat für diese Aufgabe*
195 *eine besondere Bedeutung und soll gewerkschafts-*
196 *übergreifend an der Entwicklung eines Leitbildes*
197 *über die antirassistische Ausrichtung der*
198 *Gewerkschaftsjugend arbeiten. Dies beinhaltet auch*
199 *eine Auseinandersetzung mit der Verbreitung rassisti-*
200 *schen und nationalistischen Denkens in den*
201 *Gewerkschaften. Wie Studien eindrücklich gezeigt*
202 *haben, ist auch in den Gewerkschaften rassistisches*
203 *Gedankengut verbreitet. Um dem entgegenzuwirken,*
204 *ist die Erarbeitung von Handlungskonzepten und*
205 *Bildungsansätzen für die innergewerkschaftliche, be-*
206 *triebliche und außerbetriebliche antifaschistische*
207 *Arbeit notwendig. So wichtig Aufklärungsarbeit ist,*
208 *so wichtig ist auch der Ausschluss organisierter Nazis*
209 *aus den Gewerkschaften.*

210

211 **Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur der** 212 **Gewerkschaftsjugend**

213

214 *Die Erinnerung an die Verbrechen und die Un-*
215 *menschlichkeit des Nationalsozialismus ist unver-*
216 *gleichbar und darf nicht relativiert oder vergessen*
217 *werden. Es ist die Verantwortung der heutigen Gene-*
218 *rationen, die Erinnerung wach zu halten. Als DGB*
219 *stehen wir für eine antifaschistische Gesellschaft und*
220 *wollen all den verfolgten, gequälten und ermordeten*
221 *Menschen – seien es Juden, Sinti und Roma, Men-*
222 *schen mit Behinderungen, Homosexuelle,*
223 *GewerkschafterInnen, politisch Andersdenkende,*
224 *WiderständlerInnen oder Angehörige weiterer ver-*
225 *folgter Gruppen – gedenken und an die nationalso-*
226 *zialistische Herrschaft mahnen. Aus der Erinnerung*
227 *an die Verbrechen entsteht für die heutigen Genera-*
228 *tionen aber auch die Verantwortung, dafür zu*
229 *sorgen, dass sich die Verbrechen des Nationalso-*
230 *zialismus nie wiederholen.*

231

232 *Der DGB ist sich seiner Verantwortung bewusst und*
233 *engagiert sich aktiv gegen menschenverachtende*
234 *Einstellungen und setzt sich aktiv für eine Erinne-*
235 *rungs-, Verständigungs- und Versöhnungsarbeit in*
236 *ihren Strukturen, den Betrieben und der Gesellschaft*
237 *ein.*

238
239 *Die Gewerkschaftsjugend führt anlässlich des 70.*
240 *Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-*
241 *Birkenau eine Gedenkfahrt nach Auschwitz durch*
242 *und organisiert dort eine Gedenkveranstaltung. Die*
243 *Veranstaltung soll Gewerkschaftsjugend übergrei-*
244 *fend stattfinden.*

245 246 **Verfassungsschutz**

247
248 *Der DGB lehnt jegliche Bildungsarbeit des Ver-*
249 *fassungsschutzes ab und spricht sich gegen jedes*
250 *Engagement des Geheimdienstes in diesem The-*
251 *menfeld aus.*

252
253 *Die Aufgaben des Verfassungsschutzes sind gesetz-*
254 *lich klar geregelt: Er sammelt und wertet Informatio-*
255 *nen aus, zur Bildungsarbeit hat er aber keinerlei*
256 *Legitimation. Für diese Arbeit haben unter anderem*
257 *Jugendverbände, Schulen, Kindergärten und die Lan-*
258 *des- und Bundeszentralen für politische Bildung ei-*
259 *nen klaren Auftrag. Darüber hinaus fordert der DGB*
260 *die sofortige Abschaffung der V-Leute. Die Bezahlung*
261 *überzeugter Nazis, um im Sinne ihrer Ideologie aktiv*
262 *zu werden, stärkt nazistische Strukturen und liefert*
263 *kaum einen Erkenntnisgewinn.*

264
265 *Die Geschehnisse und die Aufarbeitung rund um die-*
266 *Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund*
267 *(NSU) haben erneut auf dramatische Weise gezeigt,*
268 *dass der Einsatz von V-Leuten mehr Probleme*
269 *schaftt, als dass er zur Aufklärung beitragen würde.*
270 *Die Aufarbeitung des Terrornetzwerkes NSU hat auf*
271 *dramatische Art und Weise verdeutlicht, dass der VS*
272 *nicht einmal seinen gesetzlich geregelten Aufgaben*
273 *nachkommt. Der Skandal hat gezeigt, dass es mit*
274 *dem Verfassungsschutz nicht so weitergehen kann*
275 *wie bisher. Aus den Ergebnissen der Analyse, wie es*
276 *zu diesem Komplettversagen kommen konnte, und*
277 *was schief gelaufen ist, müssen weitreichende Kon-*
278 *sequenzen gezogen werden. Dazu gehört unter an-*

279 *derem die vollständige Transparenz für die Bevölke-*
280 *rung zum aktuellen Stand der Ermittlungen und Auf-*
281 *klärung zu schaffen.*

282
283 *Der DGB wird mit allen seinen zuständigen Gremien*
284 *auf der Bundes- und Länderebene damit beauftragt,*
285 *die Diskussion dazu politisch und innergewerkschaft-*
286 *lich zu begleiten und einen Forderungskatalog zur*
287 *Umstrukturierung bzw. zur Rolle und Zukunft eines*
288 *Verfassungsschutzes auf Bundes- und Landesebene*
289 *zu erarbeiten.*

290

291 **Aktionen des Zivilen Ungehorsams**

292

293 *Der DGB sieht Aktionen des Zivilen Ungehorsams als*
294 *legitime Aktionen in gesellschaftlichen und betriebli-*
295 *chen Auseinandersetzungen an. Unter dem Begriff*
296 *des Zivilen Ungehorsams versteht sie die bewusste*
297 *Überschreitung von Normen zur Verhinderung oder*
298 *Beseitigung von Unrechtssituationen in betrieblichen*
299 *und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.*

300

301 *Die Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeit-*
302 *Innenbewegung ist voll von solchen Aktionen des*
303 *Zivilen Ungehorsams, etwa bei der Durchsetzung des*
304 *Streikrechts, und weist eine Menge Parallelen zu*
305 *aktuellen Diskussionspunkten auf. Vieles, das heute*
306 *selbstverständlich ist, musste früher hart erkämpft*
307 *werden. Sowohl in der Historie als auch aktuell gab*
308 *und gibt es immer wieder Situationen, in denen*
309 *GewerkschafterInnen sich an Aktionen des Zivilen*
310 *Ungehorsams beteiligten. Der G8-Gipfel in Hei-*
311 *ligendamm, Massenblockaden bei Castor-Transpor-*
312 *ten oder die Sitzblockaden gegen Nazis sind einige*
313 *aktuelle Beispiele.*

314

315 *Der DGB sieht die Blockadeaktionen gegen Nazi-*
316 *aufmärsche der letzten Jahre als eine Form des*
317 *Zivilen Ungehorsams und als Auftakt einer theoreti-*
318 *schen Debatte und praktischen Auseinandersetzung*
319 *rund um das Potenzial von Aktionen des Zivilen Un-*
320 *gehorsams für die Entwicklung neuer Arbeitskampf-*
321 *formen und Aktionen in weiteren gesellschaftlichen*
322 *Auseinandersetzungen an. Bei einer Beteiligung des*
323 *DGB an Aktionen des Zivilen Ungehorsams ist dabei*
324 *klar, dass wir jede gewaltsame Eskalation grundsätz-*

325

326 lich ablehnen und sich unsere Aktivitäten nicht
327 gegen die Polizei richten.

328

329 Bei Gewerkschaftsmitgliedern, die bei der Teilnahme
330 an einer entsprechenden Veranstaltung aufgrund des
331 Zivilen Ungehorsams von Repressionen betroffen
332 sind, soll durch den DGB-Bundesvorstand geprüft
333 werden, in welcher Form rechtlicher Beistand geleis-
334 tet werden kann.

335

336 Der DGB befindet sich bei diesem Thema in einem
337 schwierigen politischen Spannungsfeld – da unter
338 seinem Dach mit der Gewerkschaft der Polizei auch
339 PolizistInnen organisiert sind, deren Sichtweise und
340 Erfahrungen in die Debatte einzubringen sind. Der
341 DGB begrüßt diese Diskussion ausdrücklich.

342

343 **Gegen Sexismus und geschlechterspezifische** 344 **Diskriminierung**

345

346 Nach wie vor werden Menschen auf Grund ihrer
347 (vermeintlichen) Geschlechtszugehörigkeit unter-
348 schiedlich behandelt, ernst genommen, respektiert
349 und in ihren Berufs- und Lebenswünschen unter-
350 stützt oder behindert. In Job und Ausbildung kann
351 das heißen, dass Männer immer belastbar sein und
352 Frauen sich dumme Sprüche zu ihrem Aussehen an-
353 hören müssen. Es ist kein Zufall, dass Berufe, in de-
354 nen vor allem Frauen arbeiten, häufig schlechter be-
355 zahlt sind und schlechtere Arbeitsbedingungen auf-
356 weisen. Es ist Querschnittsaufgabe des DGB der Un-
357 gleichbehandlung nach Geschlecht Aufmerksamkeit
358 zu widmen und sich in Betrieb und Gesellschaft
359 gegen geschlechterspezifische Diskriminierung einzu-
360 setzen. Das Antidiskriminierungsgesetz bietet eine
361 Grundlage, die es auch hier vermehrt zu nutzen gilt.
362 Deshalb muss die Bekanntheit der Antidiskriminie-
363 rungsstelle weitererhöht werden.

364

365 Der DGB muss sich in Debatten um geschlechter-
366 spezifische Diskriminierung einmischen. Darüber hin-
367 aus gilt es, Sensibilität für das Thema weiter zu ent-
368 wickeln und Sexismen in allen Aktionen, Positionie-
369 rungen und Veröffentlichungen auszuschließen. Dazu
370 gehört auch eine geschlechtersensible Sprache. Der
371 aktuelle Frauenanteil von knapp 33% muss erhöht
372 werden. Wichtiges Ziel der Gewerkschaften muss

373 sein, vermehrt von jungen Frauen als geeignete In-
374 teressenvertretung wahrgenommen zu werden, in
375 der sie sich auch politisch engagieren können. Das
376 heißt, auch innerhalb gewerkschaftlicher Strukturen
377 für das Thema Geschlechterungleichheit und Sexis-
378 mus zu sensibilisieren und dementsprechende
379 Bildungs- und Austauschangebote zu schaffen.

380

381 **Arbeitsauftrag:**

382

- 383 • Erarbeitung von Argumentations- und Aufklär-
384 ungsmaterialien mit praktischen Handlungsbei-
385 spielen und -aufforderungen
- 386 • Die Weiterführung der Broschürenreihe „Blick-
387 punkt“
- 388 • Die Fortführung und der weitere Ausbau eines
389 aktiven und beteiligungsorientierten bundeswei-
390 ten Arbeitskreises Antira
- 391 • Die Worte „Rasse“ und „Volk“ sollen aus der
392 DGB Satzung entfernt werden
- 393 • Bildungsarbeit und Seminarangebote zu diesen
394 Themen ausbauen
- 395 • aktiver Diskussionsprozess zu Aktionen des
396 Zivilen Ungehorsams
- 397 • Diskussionsprozess zur Rolle und Zukunft des
398 Verfassungsschutzes
- 399 • Gedenkstättenfahrt zum 70. Jahrestag der
400 Befreiung von Auschwitz organisieren

401

402

403 **[Annahme in geänderter Fassung]**

404

405 **Für eine offene Gesellschaft und mehr Demokratie**

406

407 Demokratie ist mehr, als alle vier Jahre wählen zu gehen. Sie
408 erfordert interessierte Menschen, die sich engagieren, einmi-
409 schen und unsere Gesellschaft sowie das Zusammenleben
410 mitgestalten und Demokratie tatsächlich leben. Der DGB
411 fordert, dass dieses notwendige Engagement von staatlicher
412 Seite stärker anerkannt und gefördert wird:

- 413 • durch eine rechtliche Stärkung demokratischer AkteurIn-
414 nen
- 415 • eine nachhaltige Ausgestaltung von Bundesprogrammen
416 für Demokratie
- 417 • eine Unterstützung von demokratischen Kinder- und
418 Jugendverbänden, vor allem auch im ländlichen Raum

419

- 420 • durch bessere gesetzliche Regelungen zur Freistellung für
421 ehrenamtliche Tätigkeiten

422

423 Der DGB fordert eine Stärkung der Mitbestimmung im Betrieb
424 und an den verschiedenen Lernorten Kita, Berufs-, Hoch- und
425 allgemeinbildende Schulen. Das Zusammenleben in der deut-
426 schen Gesellschaft wird von allen hier lebenden Menschen ge-
427 staltet, und die Regeln, Normen und Gesetze betreffen auch
428 alle hier lebenden Menschen. Daher müssen alle Bevölke-
429 rungsgruppen stärker als bisher an den Entscheidungsprozes-
430 sen beteiligt werden.

431

432

433 **[kursiv: Annahme als Material an den Bundesvor-**
434 **stand]**

435 *Der DGB fordert daher das Wahlrecht für alle hier lebenden*
436 *Menschen - unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit - ab 16*
437 *Jahre.*

438

439

440 **[Annahme in geänderter Fassung]**

441

442 Der Staat und die Wirtschaft sind für die Menschen da und
443 nicht die Menschen für Wirtschaft oder Staat. In der aktuellen
444 politischen Diskussion um Sicherheit und Überwachung
445 scheint dieser Grundsatz mehr und mehr verloren zu gehen. In
446 dem vermeintlichen Widerspruch zwischen Sicherheit und
447 Freiheit wurden in den vergangenen Jahren zunehmend
448 Freiheitsrechte eingeschränkt: Mit der Weiterentwicklung tech-
449 nischer Möglichkeiten wurden Datenspeicherung und Überwa-
450 chungsmaßnahmen massiv ausgebaut – von wirtschaftlicher
451 wie auch von staatlicher Seite. Die staatliche Seite argumen-
452 tiert mit Sicherheit und hat Überwachungskameras auf öffent-
453 lichen Plätzen und Datenspeicherungen zu Alltagsphänome-
454 nen gemacht und damit einen universellen Generalverdacht
455 gegen alle in ihm lebenden Menschen in die Praxis umgesetzt.

456

457 Die Wirtschaft beobachtet und überwacht ihre MitarbeiterIn-
458 nen und speichert die Nutzungsdaten und das Surfverhalten
459 ihrer „Kunden“, beides, um auch noch die letzte ökonomische
460 Gewinnmaximierung zu erreichen. Grenzen gelten dabei
461 bisher kaum, da schlicht die notwendigen gesetzlichen Rah-
462 menregelungen fehlen.

463

464 Der DGB stellt sich gegen Überwachung und Datenspeiche-
465 rung und wehrt sich gegen einen universellen staatlichen Ge-
466

467 neralverdacht gegenüber allen in Deutschland lebenden Men-
468 schen. Er wehrt sich gegen

- 469 • die Überwachung und Ausspähung von MitarbeiterInnen
470 in Unternehmen
- 471 • ~~die ausufernde Überwachung im öffentlichen und priva-~~
472 ~~ten Raum (z. B. Vorratsdatenspeicherung, Video-/Internet-~~
473 ~~bewachung)~~
- 474 • die Einschränkung von Freiheits- und anderen Grundrech-
475 ten (wie z. B. die Verschärfung von Versammlungsgeset-
476 zen)
- 477 • staatliche Überwachungspraktiken, die ohne rechtlichen
478 Rahmen stattfinden

479

480 Stattdessen fordert er:

- 481 • eine klare Positionierung gegen jede Form anlassloser
482 und unverhältnismäßiger Überwachungsmaßnahmen,
- 483 • eine Rücknahme der bereits geänderten Gesetze und der
484 geplanten Gesetzesänderungen, die bisher noch nicht
485 verabschiedet wurden,
- 486 • das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbe-
487 stimmung zu achten und dieses sowohl auf nationaler
488 Ebene wie auch in der EU-Datenschutz-Grundverordnung
489 als auch der Datenschutzrichtlinie und den entsprechen-
490 den Normen für EU-Institutionen zu verankern und an
491 erste Stelle zu rücken,
- 492 • in internationalen Verträgen den Schutz und die Achtung
493 der Privatheit und entsprechende Rechtsmittel auch
494 gegen Überwachungsmaßnahmen durch Drittstaaten zu
495 erwirken,
- 496 • das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit
497 und die Integrität informationstechnischer Systeme si-
498 cherzustellen,
- 499 • alle Verträge, Gesetze und Maßnahmen, die die informa-
500 tionelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger
501 des jeweils eigenen Landes und der EU betreffen, unmit-
502 telbar offenzulegen,
- 503 • die Verletzung der Privatsphäre ihrer jeweiligen Bürgerin-
504 nen und Bürger durch Unternehmen, Drittstaaten oder
505 dort ansässige Unternehmen rechtlich, wirtschaftlich und
506 politisch zu sanktionieren,
- 507 • Projekte und Technologien zum informationellen Selbst-
508 schutz und freie und quelloffene Umsetzungen aktiv zu
509 fördern und selbst zu nutzen,
- 510 • Whistleblowern, die gesellschaftlich relevante Missstände
511 aufzeigen, angemessenen rechtlichen Schutz zu garantie-
512 ren.

513

514 Der DGB wird dazu aufgefordert, sich weiterhin intensiv mit
515 dem Thema auseinander zu setzen und sich aktiv gegen die
516 Beschneidung von Grundrechten einzusetzen.

517

518

519 **[durchgestrichen: Erledigt bei Annahme von Antrag U**
520 **007]**

521

522 **Bundeswehr und Militär**

523

524 Die Maxime gegen Krieg und für Frieden ist ein sehr alte und
525 nicht mehr wegzudenken aus dem gewerkschaftlichen Alltag.
526 Die Suche nach einem schönen Leben widerspricht sich mit
527 Krieg, Bundeswehr und Militär und ist somit mit
528 gewerkschaftlichen Forderungen unvereinbar. Die Bundeswehr
529 versucht nach dem Aussetzen der Wehrpflicht aller männlicher
530 Jugendlicher und Erwachsener jetzt auf anderen Wegen eine
531 (Berufs)Armee aufzubauen. Dies nimmt unterschiedliche Er-
532 scheinungsformen in unserem Alltag ein, manchmal als über-
533 freundliche Offiziere in unseren Klassenzimmern oder auf
534 Schulhöfen, auf festen oder mobilen Werbetafeln, auf denen
535 gutaussehende junge Menschen Spaß am Kriegseinsatz sug-
536 gerieren oder durch Angebote wie kostenlose Spaß- und Akti-
537 onscamps. Fakt ist, dass unsere Gesellschaft Krieg wieder als
538 legitimes Mittel zur Interessendurchsetzung, Konfliktbewäl-
539 tigung und zur Beseitigung von selbst und neu geschaffenen
540 Feinden anerkennen und akzeptieren soll. Dessen verweigern
541 wir uns und fordern als DGB:

- 542 • Eine Entmilitarisierung aller gesellschaftlichen Lebensbe-
543 reiche
- 544 • Keinen Zugang von Bundeswehr/Militär zu Bildungs-
545 einrichtungen und Betrieben
- 546 • Die Einstellung aller Auftritte der Bundeswehr im öffentli-
547 chen Leben
- 548 • Den Stopp aller Einsätze des deutschen Militärs im Aus-
549 land
- 550 • Die komplette Abschaffung des Wehrdienstes und ande-
551 rer Zwangsdienste
- 552 • Eine schnelle und konsequente Abrüstung der BRD
- 553 • Keine Einsätze von Militär/Bundeswehr im Inneren
- 554 • Die Umwandlung der Bundeswehr in einen nicht militäri-
555 schen Katastrophenschutz
- 556 • Den Stopp jeglicher Zusammenarbeit zwischen Bundes-
557 wehr/Militär und staatlichen Exekutivorganen (Polizei,
558 Geheimdiensten, etc.)

559

560

- 561 • Für eine Aufklärung und Politik ohne Militär und für den
562 Frieden
- 563 • Die Abschaffung der Notstandsgesetze
- 564 • Die Abschaffung des MAD (Militärischer Abschirmdienst)
- 565 • Für einen sofortigen Stopp aller Einsätze und Beteiligun-
566 gen der Bundeswehr/Militär an den EU-Außengrenzen
567 zur Abwehr von Flüchtlingen
- 568 • Umstellung der Produktion der Rüstungsbetriebe in eine
569 Produktion für den Frieden
- 570 • Zivilklausel an den Hochschulen und außerhochschulischen
571 Forschungseinrichtungen